

(10.000 Zeichen)

Matthias Schindler

Nicaragua:

Verzweiflung ist kein guter Ratgeber

Am 25. August 2026 veröffentlichte Sergio Ramírez – ehemaliger Vizepräsident Nicaraguas unter Daniel Ortega – einen Offenen Brief an den brasilianischen Präsidenten Lula, in dem er ihm vorwirft, dem Volk Nicaraguas das Recht auf freie Wahlen abzusprechen.

Ramírez übt seine scharfe öffentliche Kritik an Lula vor dem Hintergrund einer Resolution des Ständigen Rates der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) vom 5. August, der Brasilien nicht zugestimmt hat.

Was war passiert? Zur Vorbereitung dieser außerordentlichen Sitzung des Ständigen Rates der OAS hatten die Länder Antigua und Barbuda, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Jamaika, die Dominikanische Republik und Uruguay – also das gesamte politische Spektrum des amerikanischen Kontinents von links bis rechts – einen gemeinsamen Resolutionsentwurf zur Situation in Nicaragua vorgelegt.

In diesem Text heißt es unter anderem: Wir sind „tief besorgt wegen der jüngsten Äußerungen des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega vom 19. Juli 2026, in denen er ankündigte, ‚dass es keine Wahlen mehr geben werde‘ [und wir] bekräftigen, dass die repräsentative Demokratie einen politischen Pluralismus erfordert, genauso wie genuine pluralistische Wahlen und die Respektierung der Menschenrechte.“

Weiterhin wird erklärt: „Wir verurteilen die von Präsident Ortega angekündigte Absicht, [...] einen fairen Wahlkampf und den politischen Pluralismus abzuschaffen. [...] Wir rufen die Autoritäten Nicaraguas auf, zu garantieren, dass die politischen Rechte und die fundamentalen Freiheiten des nicaraguanischen Volkes respektiert werden.“

Der Text endet mit der Erklärung: „Die unterzeichnenden Staaten sind weiterhin dazu bereit, über angemessene gemeinsame friedliche und diplomatische Schritte entsprechend der Charta der OAS zu beraten.“

Dieser – unter anderem von Brasilien mitgetragene – Resolutionsentwurf lässt an Klarheit in Bezug auf die Verteidigung der politischen Grundfreiheiten und von demokratischen Wahlen in Nicaragua kaum etwas zu wünschen übrig. Dieser Text widerlegt in unmissverständlicher Weise die schweren Anschuldigungen von Ramírez gegen Lula.

Aber dieser Entwurf wurde vom Ständigen Rat der OAS nicht beschlossen, weil er offensichtlich nicht von den USA unterstützt wurde. Stattdessen legten die USA eine eigene Resolution vor, in der fast alle Aussagen zur Verteidigung der Demokratie eliminiert und durch

Fragen der Sicherheit und der Kriegsgefahr ersetzt wurden. Im US-Entwurf hieß es nun, dass das Handeln des Regimes Ortega-Murillo eine „Bedrohung der demokratischen Stabilität und der Sicherheit der Hemisphäre darstellt“ und dass dadurch „der Frieden und die Sicherheit von ganz Amerika gefährdet“ wird.

In Bezug auf die zu treffenden Maßnahmen ist dort nun zu lesen, dass eine gemeinsame Antwort der OAS „diplomatische, finanzielle und auch sicherheitspolitische Maßnahmen“ gegen Nicaragua enthalten soll.

Es wird zwar auch gesagt, dass diese Erklärung „keine Autorisierung militärischer Mittel“ bedeutet. Aber dieser Zusatz kann jederzeit auch wieder zurückgenommen werden. Wenn erst einmal genug propagandistischer Druck aufgebaut ist, kann die militärische Karte wieder gezogen werden.

Diese Gefahr wurde durch die Worte des US-amerikanischen Vertreters Michael Kozak bei jener Sitzung noch zusätzlich verdeutlicht: „die Zeit von Erklärungen ohne entsprechende Aktionen ist vorüber“.

Es ist also nicht Lula, der sich nicht für die demokratischen Freiheiten des nicaraguanischen Volkes einsetzt, sondern es ist die US-Regierung, die nicht bereit ist, eine Resolution zur Verteidigung der Demokratie in Nicaragua zu unterstützen, wenn sie nicht gleichzeitig Nicaragua als eine Gefahr für die Sicherheit und den Frieden in der Region erklärt und damit die militärische Dimension wieder ins Spiel bringt.

Diese bellizistische Rhetorik gefällt natürlich den rechten Regierungen Lateinamerikas, weswegen sie den US-Text auch voll unterstützt haben. Gleichzeitig haben die USA durch ihr Vorgehen nebenbei auch noch ein zweites Ziel erreicht: Sie haben die Einheit Lateinamerikas gegenüber den Vorherrschaftsansprüchen der USA gespalten und Brasilien und Mexiko innerhalb der OAS an den Rand gedrängt.

Dass Nicaragua eine Gefahr für die Sicherheit und den Frieden darstellen soll, ist im Übrigen natürlich – völlig unabhängig vom dort jeweils herrschenden Regime – komplett absurd.

Aber diese Formel wird in der US-Politik immer wieder in zweifacher Weise vorgebracht: Einerseits läuft die extreme Rechte aller Couleur in den USA im Moment gerade heiß und fordert ein militärisches Eingreifen nach dem Muster des Überfalls auf Venezuela. Andererseits wird Nicaragua von der US-Administration immer wieder als eine „außergewöhnlich große Gefahr für die Sicherheit der USA“ bezeichnet, was der Präsident dazu nutzt, sich durch einen Präsidialerlass selbst zu ermächtigen, außenpolitisch – und damit auch militärisch! – ohne jegliche Kontrolle des Kongresses zu agieren.

Dass die USA unter Trump kein besonders guter Freund sind, wenn es um die Verteidigung der Demokratie geht, haben sie vielfach unter Beweis gestellt. Im Januar 2021 rief Trump dazu auf, das Capitol zu stürmen, weil er seine Wahlniederlage nicht anerkennen wollte. Nach der Absetzung und Entführung Maduros erklärte er, dass die Kontrolle über die Erdölreserven Venezuelas weitaus wichtiger sei als die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in jenem Land. Und augenblicklich ist er dabei, eine landesweite Kampagne seiner MAGA-Bewegung zu organisieren, um den Zugang potenzieller Wähler der Demokraten zu den Wahlen im November (*midterms*) auf vielfältige Weise zu erschweren oder gar zu verunmöglichen.

Auch international haben sich die USA nicht gerade durch ihren Einsatz für Freiheit und Demokratie hervorgetan. Sie haben Nicaragua durch den von ihnen eingesetzten Diktator Somoza zu einem Protektorat der USA gemacht. Später haben sie durch die von ihnen aufgebaute Contra gegen das sandinistische Nicaragua gekämpft. Sie haben den Putsch gegen Salvador Allende und die Errichtung der Diktatur Pinochet unterstützt. Sie waren ein verlässlicher Unterstützer des Apartheid Systems in Südafrika. Aktuell ist die mittelalterliche Diktatur Saudi Arabiens einer ihrer engsten Verbündeten. Vizepräsident Vance hat sich offen für die Rechtsradikalen in Spanien eingesetzt, Orban in seinem Wahlkampf in Ungarn unterstützt und die AFD in Deutschland als Partei der Freiheit gefeiert.

Und in Bezug auf das Internationale Recht, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, ist die Bilanz der USA eine einzige Katastrophe. Vom Vietnamkrieg über die Unterstützung des Massenmordes in Gaza durch Israel bis hin zum heutigen Krieg gegen den Iran ist die Außenpolitik der USA eine einzige Kette von brutalen Brüchen des Völkerrechtes.

In Lateinamerika – zum Beispiel in Argentinien, Chile, El Salvador, Kolumbien, Costa Rica – und auch in den USA findet aktuell eine politische Entwicklung statt, die als „demokratische Abschaffung der Demokratie“ bezeichnet wird. Dieser Prozess wurde unter anderem von den konservativen nordamerikanischen Politikwissenschaftlern Levitsky und Ziblatt (2019) in ihrem Buch *Wie Demokratien sterben* eindrucksvoll beschrieben.

Dies bedeutet, dass Parteien mit autoritären Ideologien durch demokratische Wahlen an die Macht gelangen und dann die Demokratie in ihren eigenen Ländern von innen her aushöhlen. Das ist genau die gleiche Entwicklung, durch die Ortega 2007 wieder an die Macht gekommen ist und dann die von der Sandinistischen Revolution geschaffene Demokratie Nicaraguas Schritt für Schritt aus dem Inneren heraus wieder zerstört hat.

Der brasilianische Präsident Lula ist eine der ganz wenigen großen politischen Akteure auf der Welt, die sich dieser überaus starken internationalen autoritären Grundtendenz mit allen ihm zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln entgegenstellt. Der vormalige Präsident Bolsonaro ist wegen eines Putschversuchs gegen die Regierung Lula rechtskräftig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Daher hatte Trump Lula mit Wirtschaftssanktionen gegen Brasilien erpresst, um die Freilassung Bolsonaros zu erzwingen. Aber Lula ist trotz dieses gewaltigen Drucks standhaft geblieben, hat den Putschisten Bolsonaro nicht freigelassen und damit auch den Rechtsstaat in Brasilien verteidigt.

Wenn Brasilien in der OAS eine von den USA eingebrachte Resolution ablehnt, die ihrer demokratischen Inhalte weitgehend beraubt ist und dafür angeblich sicherheitspolitische – in Wahrheit gewaltsame und kriegereische – Töne anschlägt, dann verteidigt die Regierung Lula damit nicht nur die demokratischen, sondern auch die völkerrechtlichen Grundbedingungen für ein freies und friedliches Zusammenleben in der Region.

Lula ist vielleicht der einzige demokratisch gewählte Präsident der Welt, der sich konsequent für demokratische Verhältnisse überall in der Welt und gegen jegliche völkerrechtswidrigen Kriege – sei es gegen die Ukraine oder gegen das palästinensische Volk – eingesetzt hat.

Sergio Ramírez rüttelt mit seinem Offenen Brief die internationale Gemeinschaft erneut auf. Er macht darauf aufmerksam, dass nahezu alle Personen, die sich einst in Nicaragua für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben, aktuell – all ihrer Rechte und ihres Eigentums beraubt –

gezwungenermaßen im Exil leben müssen und sich in einer schrecklichen, ungewissen Lebenssituation befinden. Man mag Lula für viele Dinge kritisieren. Aber das Leid, das die Diktatur Ortega-Murillo ihrem eigenen Volk angetan hat, ist am allerwenigsten Präsident Lula anzulasten.

Die verzweifelte Lage der gesamten kulturellen und politischen Elite Nicaraguas im Exil sollte daher nicht dazu führen, ausgerechnet Lula – einer der letzten politischen Führungspersonlichkeiten, die sich weltweit noch glaubwürdig für Frieden und Freiheit einsetzen – auf der Basis von falschen Anschuldigungen öffentlich anzugreifen. Damit ist weder der Demokratie in Nicaragua noch der Freiheit in der Welt gedient.

Lissabon, 26. August 2026